

Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 155

Donnerstag, den 5. Juli 1928

23. Jahrgang

Die Regierungserklärung

Berlin, 3. Juli, nachm. 3 Uhr.
Haus und Tribünen sind stark besetzt. Das Kabinett hat mit Ausnahme des Außenministers vollständig am Regierungstag teilgenommen.

Zu Beginn der Sitzung verliest der Präsident das Schreiben, in dem Reichkanzler Müller dem Reichstag seine Ernennung mittels und die Mitglieder seines Kabinetts aufführt. (Abg. Torgler (Komm.) ruft: Lauter Namen, aber keine Köpfe! Weiterkeit.) Als der Schriftführer bei der Verlesung der eingegangenen Vorlagen das Viehschutzgesetz anführt, rufen die Kommunisten: Das paßt gerade! (Weiterkeit.)

Reichkanzler Müller

führt u. a. aus: Der Wahlkampf hat der Welt bewiesen, daß das Deutsche Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in eine Periode ruhiger und steter Entwicklung getreten ist. Die Fundamente des neuen Staates der deutschen Republik stehen sicher und unerwackelt. Entschieden weiterarbeiten auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschrittes entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei der Reichstagswahl bekundet hat. Solchem Ziele dient die Zusammenfassung der Reichsregierung. Verursicht sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat doch ihre Zusammenfassung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden.

In der Außenpolitik werden wir an der bisherigen Grundlage, dem Willen zur friedlichen Verständigung unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche festhalten. Im Völkerbund, an dessen Aufgaben wir loyal mitarbeiten wollen, sehen wir einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch der Förderung der nationalen Interessen. Die nächste Bundesversammlung im September muß Klarheit über den Weg schaffen, den der Völkerbund künftig in dieser ersten Frage gehen will. Von entscheidender Bedeutung für die gesamte Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands auf lange Jahre hinaus ist auch die

Reparationsfrage

Deutschland hat nach dem Sachverständigenplan seine Verpflichtungen regelmäßig und pünktlich erfüllt. Die Sachverständigen aber haben selbst diesen Plan nur als vorläufige Regelung bezeichnet.

In der Innenpolitik erfordern die Ausführungen des Sachverständigenplanes, der Wiederaufbau der Volkswirtschaft und eigene Interessen der deutschen Volkswirtschaft gleichermaßen Erleichterung und Pflege des Handelsverkehrs. Die neue Reichsregierung nimmt die vorbehaltlose Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Wirtschaftskonferenz durch die bisherige Reichsregierung auf. Sie wird sich insbesondere für die Senkung der Zolltarife durch internationale Vereinbarungen einsetzen. Die Reichsregierung steht Handelsverträge mit den bündischen und sächsischen Staaten als eine wesentliche Aufgabe an. Sie begrüßt, daß die Verhandlungen mit dem stammverwandten Oesterreich eingeleitet haben und wird auch den Weg autonomer Maßnahmen auf dem Gebiete des Zolltarifs beschreiten. Mit besonderer Sorgfalt verfolgt die Reichsregierung die Entwicklung der Verhältnisse im Steinkohlenbergbau. Sie wird bereitwilligst beim ökonomischen Komitee des Völkerbundes an der Klärung dieses internationalen Problems mitarbeiten. Auch durch organische Weiterentwicklung der Verkehrsmittel sollen die günstigsten Bedingungen zur Hebung des Absatzes geschaffen werden. Es gibt nur eine einheitliche deutsche Wirtschaft, deshalb müssen die deutschen Grenzgebiete, die besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, eine erhöhte Fürsorge erfahren.

Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft ist im Interesse eines gesunden Aufbaues des deutschen Volkes unumgänglich notwendig. Deshalb sollen die Maßnahmen des Reiches zur Förderung der Bodenverbesserung und Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgesetzt werden, ebenso alle modernen Mittel zur Steigerung der Erträge. Die Reichsregierung vertraut dabei auf die Unterstützung durch die lebendigen Kräfte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft. Sie wird die Zersplitterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bekämpfen und die Selbsthilfeeinrichtungen mit dem Ziele stärken, die Herstellung einer den Anforderungen des Verbrauches entsprechenden guten Marktware durch Sicherung des Absatzes zu ermöglichen. Die Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Verschuldung und die Senkung der Zinssätze wird angestrebt. Es soll geprüft werden, inwieweit eine Umstellung und

gerechte Verteilung der öffentlichen Abgaben und Lasten der Landwirtschaft erreicht werden kann.

Der vom Reichsrat bereits verabschiedete Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes soll alsbald vor den Reichstag kommen und zu seiner Ergänzung ein Vergarbeitsgesetz. Rechtzeitig vor dem Winter muß die Frage der Stellung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung geklärt werden. Die Dauer der Krisenunterstützung für Ältere Angestellte und Arbeiter soll verlängert und weiter geprüft werden, ob rückwärtsloser Entlassung Älterer Angestellter wirksam gesteuert werden kann. Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. Auch die segensreichen Einrichtungen der freien Wohlfahrtsvereine sollen weiter gefördert werden. Die Reichsregierung wird die Kleinrentnerhilfe auf eine von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage stellen. Die Wohnungsnot veranlaßt eine besondere Fürsorge für die Erhaltung des Wohnraums und den Bau neuer Wohnungen, wobei die Bedürfnisse der unbemittelten und minderbemittelten wohnungslosen Volksteile, vor allem der neugegründeten und der kinderreichen Familien sowie der unmittelbaren Kriegsoffer, hervorrangend zu berücksichtigen sind. Die Neubaumieten sollen auf erträglicher Höhe gehalten werden.

Fruchtbare Arbeit auf allen Gebieten ist nur möglich auf dem Fundament eines festen Staatsgefüges, dessen Grundlage unsere Weimarer Verfassung ist. Es ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, auf dieser Grundlage unser Staatswesen in demokratischem Sinne auszubauen und für die Ehre und Achtung der Republik und ihrer Symbole einzutreten. Sie wird die vom Reichsrat beschlossene Initiativvorlage über den Verfassungstag unverzüglich beim Reichstag einbringen. Es ist selbstverständlich, daß sie die Verfassung gegen jeden gesetzwidrigen Angriff, gleichviel von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen wird.

Das geltende Wahlrecht weist Mängel auf, die zu einer Entfremdung des Gemüths von den Wählern und zu einer Zersplitterung des Parteiwesens führen. Aufgabe der von der Reichsregierung in Angriff zu nehmenden

Wahlrechtsreform

wird die Aufrechterhaltung des verfassungsmäßig festgelegten Systems der Verhältniswahl, aber zugleich die Sicherstellung einer engeren Beziehung des Abgeordneten zu den Wählern sein. In der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung des weittragenden Problems des Reichsschulgesetzes im Sinne der Hebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens anstreben. Hierunter fällt die Pflege der Lehrerbildungen. Auch Technik, Forschung, Wissenschaft und Kunst sollen unter Abstellung der Notstände auf diesen Gebieten gefördert werden.

Die Wehrmacht der deutschen Republik wird ihre Aufgaben nur dann wirksam erfüllen können, wenn sie im Volke wurzelt und vom Vertrauen aller Bevölkerungskreise getragen wird. Dafür ist eine rein vaterländische und überparteiliche Einstellung erforderlich. Bei der Fortführung der

Strafrechtsreform

wird namentlich die Frage der Beseitigung der Todesstrafe zu entscheiden sein. Schon jetzt wird die Reichsregierung bei den Landesregierungen anfragen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Bei dem Strafrechtsreformverf. reichen sich zum ersten Male seit langer Zeit Oesterreich und Deutschland die Hand zu gemeinsamer Gesetzesarbeit, die uns den ersten großen Schritt zur Rechtsgleichheit der Deutschen bringen soll. Bei den Amnestieanträgen hofft die Reichsregierung, daß der Reichstag sich über Umfang, Art und Grenzen verständigen wird, und legt besonderen Wert darauf, daß durch eine beschleunigte Behandlung der Anträge die gesetzgeberische Lösung der Aufgabe noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zum Abschluß gelangt. In der Steuerpolitik wird zu prüfen sein, inwieweit die drückende Steuerlast der mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung eine Erleichterung erfahren kann.

Die Reichsregierung stimmt mit der Vänderkonferenz und der Gesamtheit des Volkes darin überein, daß die gegenwärtige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern einer grundlegenden Reform bedarf. Sie erstrebt eine starke Reichsgewalt mit Berücksichtigung der Befolgung der vielfältigen Eigenarten des heimischen Reichslandes.

Der Kanzler schloß mit der Erklärung, daß dieses eingehende Programm nur dann in die Tat umgesetzt werden könne, wenn die Ära der Krisen beendet und die politische Lage gesichert und fest ist. Die Regierung, so erklärte er, nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaues in Anspruch und vertraut darauf, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht.

Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifallsstürmungen der Sozialdemokraten und der Mittelparteien, wiederholt auch durch böhmische Juristen der Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen. Der Kommunist Leow hatte ein Stille Geise auf den Tisch des Hauses gelegt, während die Kommunisten riefen: Die SPD. seist euch ein! Bei der Ankündigung einer Erweiterung der Unfallversicherung rief Abg. Torgler (Komm.): Das Kabinett nimmt nur mit hinein! (Weiterkeit.) Bei der Erörterung des Wohnungswehens riefen Kommunisten: Sie haben ja das Reichskanzlerpalais! Reichkanzler Müller rief zurück: Haben Sie den Kreml schon gesehen? Abg. Torgler rief dann: Das ist ja allgemeiner Schmutz! Präsident Abbe ruft schließlich den Abg. Torgler wegen fortgesetzter Unterbrechungen zur Ordnung. Am Schluß der einstündigen Rede des Kanzlers kommen von den Sozialdemokraten und den Mittelparteien lebhaft Beifallsstürmungen.

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagt der Reichstag um 4 1/2 Uhr die Aussprache über die Regierungserklärung auf Mittwoch 12 Uhr. Damit verbunden wird die Beratung einer Anzahl von Anträgen der Kommunisten, die u. a. die Aufhebung des gesetzlichen Schlichtungswesens und die Aufhebung der Lohnsteuer verlangen. Eventuell soll die Lohnsteuer gesenkt werden.

Die Regierungserklärung im Spiegel der Berliner Presse.

Zu der gestern im Reichstag von Reichkanzler Müller-Franken abgegebenen Erklärung der neuen Regierung bemerkt der „Vorwärts“: Die sozialdemokratisch geführte Regierung ist keine sozialdemokratische Regierung. Das Regierungsprogramm ist kein sozialdemokratisches Parteiprogramm, kann es nicht sein, denn die Sozialdemokratie hat nicht die Mehrheit. Sie ist unter Zurückstellung mancher weitergehenden Wünsche zur lokalen Mitarbeit an der Ausführung dieses Programms bereit, und die Massen, die zu ihr stehen, sind politisch genug geschult, um zu verstehen, daß es besser ist, Einiges zu verlangen und Einiges zu erreichen, als Einiges zu verlangen und Nichts zu erreichen. Das „Berliner Tageblatt“ betont: Die Regierung, die ein solches Programm verkündet und durchführt, ist, obwohl keine Koalitionsregierung im eigentlichen Sinne, viel stärker konsolidiert, als das ihr vorangegangene Koalitionskabinett. Die „Voll. Ztg.“ erklärt: Das Entscheidende ist und bleibt, daß wir jetzt eine Regierung am Ruder haben, an deren Entschlossenheit zu einem festen republikanischen Kurs, zu einer Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs und zu einer friedlichen verständigensbereiten Außenpolitik nicht zu zweifeln ist. Die „Germania“ sagt zu den außenpolitischen Ausführungen der Erklärung: Außenpolitisch wird der Kurs fortgesetzt, das bedeutet den Willen Deutschlands zur Politik der Verständigung. Wenn dabei die Regierung auf die Notwendigkeit der endgültigen Rheinlandräumung und auf die erforderliche Begrenzung der uns auferlegten Reparationsleistungen hinweist, so hat sie damit ohne Zweifel nicht nur das Parlament, sondern das ganze deutsche Volk hinter sich. Zusammensfassend schreibt das Blatt: Das Debut war nicht schlecht. Mögen auch hier und da Schönheitsfehler sein, die Linie weist im allgemeinen einen geraden Weg nach vorwärts in die Zukunft. Wir wünschen der Regierung praktischen Erfolg. Auch das Zentrum hat die Absicht, aktiv und positiv in ihr zu wirken.

Rechtsauschuß des Reichstags.

Berlin, 3. Juli. Nach Schluß der Plenarsitzung trat der Rechtsauschuß des Reichstages zusammen, um sich zu konstituieren. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) gewählt, zum Stellvertreter derselben Abg. Landsberg (Soz.). Es wurde beschloffen, die nächste Sitzung für den Donnerstag anzuberaumen, wobei die Amnestiefrage beraten werden soll.

Initiativvorlage zur Lohnsteuerentung.

Berlin, 3. Juli. Während die Regierung die allgemeinen Steuerentungspläne erst im Herbst in Angriff nehmen will, wird von den Sozialdemokraten beabsichtigt, die Lohnsteuerentung entsprechend der Wegbränung noch vor den Sommerferien, vielleicht in Form einer Initiativvorlage zur Erledigung zu bringen.

chelten
saal
hon 49
union.

en
pfe
tigt
ue

iller
aar-
dbrt.
Hier
Kauf:
arkt.